

Demokratie in der Mitte – Moabit/Wedding
Tuğba Kiratlı-Spriewald
Fabrik Osloer Straße e. V.
Osloer Straße 12, 13359 Berlin
Tel: 030-49500526 / [01639157428](tel:01639157428)
Mail: tugba.kiratli@demokratie-in-der-mitte.de



Aufruf zur Einreichung eines Projektangebotes bei Demokratie in der Mitte für die Partnerschaft Moabit/Wedding im Rahmen des Bundesprogrammes Demokratie leben! 2026

(kursiv geschriebene Begriffe sind unten erklärt)

Sie wollen auf *Diskriminierungen* in ihrem Kiez aufmerksam machen und dagegen aktiv werden? Sie setzen sich für ein offenes, demokratisches und solidarisches Miteinander ein?

Demokratie in der Mitte unterstützt Ihr Projekt mit bis zu 5.000 Euro – damit Sie die Regionen Moabit/Wedding mitgestalten können.

Die Förderung der Partnerschaft für Demokratie **Moabit/Wedding** deckt **seit 2026** folgende Gebiete ab: **Moabit West, Moabit Ost, Hansaviertel, Wedding Zentrum und Parkviertel**. Weitere Informationen zu den Bezirksregionen finden Sie unter folgendem Link: [Bezirksregionen – Berlin.de](#)

Demokratie in der Mitte bietet Unterstützung und Beratung bei der Antragstellung an. Wir bitten Sie ausdrücklich, unsere persönliche, telefonische oder digitale Projektberatung **vorab** zu nutzen, um unnötigen Mehraufwand für alle Beteiligten zu vermeiden.

Zusätzlich bieten wir am **28.04.2026 (17.00-18.30 Uhr)** einen **Online Infocall** zur Antragsstellung an. Anmeldung per Mail an: info@demokratie-in-der-mitte.de

Bitte beachten Sie außerdem die Erläuterungen zur Antragsstellung.

Die geförderten Angebote und Projekte sollten möglichst viele Menschen im Gebiet erreichen und niedrigschwellige Zugänge ermöglichen.

Alle interessierten gemeinnützigen Träger und Vereine können ihre Projektangebote ab sofort per E-Mail einreichen.

Die Abgabefrist ist der 22. Mai 2026 um 23:59 Uhr.

Weitere Informationen über: www.demokratie-in-der-mitte.de



im Rahmen des Bundesprogramms
Demokratie **leben!**



Allgemeine Hinweise

Die Förderhöhe beträgt max. **5.000€**.

Förderfähig sind Projektideen von gemeinnützigen Trägern, die als juristische Person gelten (z.B. Vereine). Initiativen und Einrichtungen in öffentlicher Trägerschaft sind nicht über den Aktionsfonds förderfähig.

Für die Antragsstellung können Sie auch Übersetzungsprogramme wie z. B. DeepL verwenden (<https://www.deepl.com/de/translator>). Antragsberatung ist in Deutsch, Englisch und Türkisch möglich. Bitte kontaktieren Sie uns.

Notwendige Unterlagen

- **Projektangebot**
- **Finanzplan**
- **Anlage 2 (Honorarkosten)**
- **Anlage 3 (Sachkosten)**

Die Formulare stehen zum Download auf <https://demokratie-in-der-mitte.de/foerderung/moabit-wedding/> zur Verfügung.

Zeitrahmen

Bitte schicken Sie die Unterlagen vollständig und unterschrieben bis spätestens Sonntag, den 22. Mai 2026 (23:59 Uhr) per E-Mail an tugba.kiratli@demokratie-in-der-mitte.de

Das Projekt kann nach Prüfung auf Förderfähigkeit und mit Zustimmung des Demokratiebündnisses Moabit/Wedding frühestens **am 1. Juli 2026 beginnen und muss bis Ende Dezember 2026** abgeschlossen sein.

Ihr Träger kann das eingereichte Konzept ggf. in der Entscheidungssitzung des Demokratiebündnisses Moabit/Wedding vorstellen.

Nach der Entscheidung des Bündnisses prüft ab dem Jahr 2026 zusätzlich das Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFZA) den Projektvorschlag.

Nach einer positiven Förderentscheidung werden Sie unverzüglich informiert.

Wenn Ihre Idee ausgewählt wurde, sind Sie aufgefordert, Ihr Projektangebot mit weiteren Unterlagen beim Bezirksamt Mitte einzureichen. Dazu erhalten Sie nach der Zusage weitere Informationen.

Die Interne Koordinierungsstelle beim Bezirksamt Mitte zeichnet für die programmspezifische Abwicklung der zuwendungsrechtlichen Projektvoraussetzungen, die rechtsverbindliche Antragstellung, die ordnungsgemäße Mittelverwendung und die Verwendungsnachweisprüfung verantwortlich

Kontakt:

Demokratie in der Mitte – Partnerschaft für Demokratie Moabit/Wedding
Tuğba Kiratlı-Spiewald
Fabrik Osloer Straße e. V.
Osloer Straße 12, 13359 Berlin
Tel: 030-49500526 / [01639157428](tel:01639157428)
Mail: tugba.kiratli@demokratie-in-der-mitte.de

Wir wünschen Ihnen viel Erfolg bei der Entwicklung Ihrer Projekte und sind gespannt auf Ihre Ideen!

Ziele der zu fördernden Projekte des Aktionsfonds der Partnerschaft für Demokratie Moabit/Wedding 2026

(Die Begriffe in *kursiv* werden im Wörterbuch erklärt.)

In **2025** wurde für den Gesamtbezirk Berlin Mitte eine Situations- und Ressourcenanalyse im Bereich **Demokratiearbeit** von Demokratie in der Mitte im Rahmen des Bundesprogramms Demokratie leben! erstellt. Sie wurde **zur aktuellen Situation, zu den Herausforderungen und zum zukünftigen Unterstützungsbedarf freier Träger und Vereine in Berlin Mitte** vorgenommen. Im Fokus standen Organisationen, die sich in der Demokratiearbeit engagieren. Die Ergebnisse dieser Analyse dienen als Grundlage für die weitere Zielsetzung.

Die Förderung der Partnerschaft für Demokratie **Moabit/Wedding** deckt **seit 2026** folgende Gebiete ab: **Moabit West, Moabit Ost, Hansaviertel, Wedding Zentrum und Parkviertel.**

Präambel

Auch in diesem Jahr beobachten wir als Demokratiebündnis Moabit/Wedding mit Sorge demokratiefeindliche Entwicklungen. Kriege, die Klimakrise, Angriffe auf das Asylrecht sowie das Erstarken rechter Strömungen führen zu wachsender *Diskriminierung* und gesellschaftlicher Spaltung. Immer häufiger erleben Menschen Stigmatisierung und Ausschluss aus dem öffentlichen Diskurs.

Gleichzeitig bleiben wir fest im Kiez verankert: Die Perspektiven der Menschen in Moabit und Wedding sind Ausgangspunkt und Orientierung für unser Handeln. Die Situation- und Ressourcenanalyse bietet wichtige Einblicke in die lokalen Lebensrealitäten, Herausforderungen und Stärken im Stadtteil. Die Analyse zeigt, dass demokratische Teilhabe stark von materiellen Bedingungen, behördlichen Zugängen und alltäglichen Erfahrungen von Anerkennung oder Ausschluss abhängt. Gentrifizierung in Moabit, strukturelle Armut im Wedding und in gleicher Maßen weitere Belastungen im Lebensalltag vieler Bewohner*innen, digitale Hürden in Behörden sowie Herausforderungen im respektvollen Umgang zwischen Bewohner*innen und Institutionen erschweren die Teilhabe vieler Menschen. Gleichzeitig ist die Zivilgesellschaft ein zentraler Stabilitätsfaktor: Sie schafft Solidarität, erreicht marginalisierte Gruppen, dokumentiert Ausschlüsse und setzt sich aktiv für demokratische Werte ein – arbeitet jedoch selbst unter prekären Bedingungen.

Auf dieser Analyse baut das Demokratiebündnis Moabit/Wedding seine Schwerpunkte und Zielsetzungen auf, um demokratische Teilhabe zu stärken, solidarische Strukturen sichtbar zu machen und gesellschaftlichem Ausschluss aktiv entgegenzutreten.

Um diesen Herausforderungen zu begegnen, fördern wir niedrigschwellige Projekte, die Räume für Begegnung, politische Bildung, *Empowerment*, Beratung und gesellschaftliche Teilhabe schaffen. Wir unterstützen ausschließlich Träger, Vereine und Initiativen, die demokratische Werte anerkennen und fördern. Ziel ist eine solidarische, vielfältige und demokratische Gesellschaft in Moabit und Wedding.

Mittlerziel 1

Demokratische Teilhabe stärken, Zugänge verbessern und Menschen in prekären Lebenslagen unterstützen.

Die Analyse zeigt, dass digitale Behördenstrukturen, Sprachbarrieren, Verdrängung, Armut und prekäre Wohnverhältnisse demokratische Beteiligung massiv erschweren. Projekte sollen Menschen befähigen, ihre Rechte wahrzunehmen, institutionelle Barrieren zu überwinden und sich selbstwirksam einzubringen. Menschen, die von Armut, Wohnungsnot, *institutionellem Rassismus* betroffen sind, können gestärkt und unterstützt werden.

Konkrete Handlungsziele

HZ 1.1 Kenntnisse über institutionelle Barrieren, strukturelle Diskriminierung und Zugangsrechte (z. B. Sozialleistungen, Wohnen, Teilhabe) werden erweitert; Strategien zur Überwindung dieser Barrieren werden vermittelt und richten sich insbesondere an Menschen, die davon betroffen sind und in ihrer Selbstwirksamkeit gestärkt werden sollen.

HZ 1.2 Mehrsprachige, niedrigschwellige Orientierungs-, Beratungs- und Bildungsangebote können stattfinden, insbesondere zu digitalen Behördenprozessen (Jobcenter, Wohnen, Verwaltung).

HZ 1.3 Aufklärung über digitale Ausschlüsse und deren Folgen kann stattfinden; Medien- und Digitalkompetenz werden gestärkt, um Ungleichheit im Zugang zu Leistungen zu reduzieren.

Mittlerziel 2

In Zeiten von globalen Kriegen und Krisen sollen solidarisches Miteinander, *Empowerment* und eine demokratische Kultur im Stadtteil gestärkt werden.

Die Menschen in Moabit und Wedding erleben gesellschaftliche Polarisierung, Ausgrenzung und Frustration in der Gesellschaft. Projekte sollen Räume der Begegnung schaffen, demokratische Werte vermitteln und ein Gefühl von Zugehörigkeit fördern.

Konkrete Handlungsziele

HZ 2.1 Bewohner*innen – insbesondere Jugendliche – erkennen Zusammenhänge zwischen verschiedenen Diskriminierungsformen (*Intersektionalität*) und entwickeln Strategien solidarischen Handelns. Darüber hinaus sollen Schutz- und Dialogräume für besondere Gruppen, insbesondere für marginalisierte Gruppen, gestärkt und gesichert werden.

HZ 2.2 Der Stadtteil positioniert sich sichtbar gegen Ausgrenzung und für Vielfalt. Projekte und Öffentlichkeitswirksame Aktionen machen demokratische Werte, Zivilcourage und positive Narrative öffentlich sichtbar.

HZ 2.3 Das Zugehörigkeitsgefühl und die Selbstwirksamkeit von Jugendlichen, Erwachsenen, Geflüchteten und Menschen ohne Wahlrecht können gestärkt werden.

HZ 2.4 Projekte im Bereich der politischen Bildung sollen demokratische Werte verständlich vermitteln und Jugendliche sowie Erwachsene für Wahlrechte, Wahlprozesse und Wahlbeteiligung sensibilisieren.

HZ 2.5 Begegnungsräume werden gestärkt oder neu geschaffen – besonders dort, wo Verdrängung und Armut den Zugang zu sozialer Infrastruktur einschränken.

HZ 2.6 Jugendliche können in ihrer Teilhabe gestärkt werden: politische Bildung, Empowerment und niedrigschwellige Lernformate fördern kritisches Denken und Engagement.

HZ 2.7 Queere Sichtbarkeit und *FLINTA**-Empowerment werden gestärkt; Angebote unterstützen Menschen darin, ihre Rechte wahrzunehmen und ihre Räume zu sichern.

HZ 2.8 Demokratische Werte werden in niedrigschwelligen Begegnungsangeboten erfahrbar gemacht – insbesondere für Menschen mit wenig politischer Erfahrung oder institutioneller Distanz.

Mittlerziel 3

Soziale Gerechtigkeit und Handlungsmöglichkeiten in prekären Wohn- und Lebenssituationen stärken.

Die Analyse zeigt: Armut, Verdrängung, steigende Mieten, hohe Lebenshaltungskosten, überlastete Wohnsituationen und mangelnde Ressourcen belasten viele Menschen in Moabit und Wedding.

Konkrete Handlungsziele

HZ 3.1 Kreative Angebote zu Mieter*innenrechten, Verdrängungsschutz und Handlungsmöglichkeiten bei Wohnungsnot, steigenden Mieten, hohen Lebenshaltungskosten und überlasteten Wohnsituationen können durchgeführt werden.

HZ 3.2 Projekte nehmen die Lebensrealitäten von Menschen in Armut, Wohnungslosigkeit oder prekären Verhältnissen in den Blick und stärken Zugänge zu Unterstützungssystemen.

Mittlerziel 4

Zivilgesellschaftliche Strukturen stabilisieren und ihre demokratische Rolle schützen.

Die Situations- und Ressourcenanalyse macht deutlich, dass Träger, Netzwerke und Bündnisse in Moabit und Wedding durch steigende Kosten Kürzungen, späte Förderzusagen, politischen Druck und Bürokratie stark belastet sind.

Netzwerke und Bündnisse in Moabit und Wedding können gestärkt werden, um Solidarität, Wissensaustausch und gemeinsame Handlungsfähigkeit zu sichern.

Konkrete Handlungsziele

HZ 4.1 Projekte, die Diskriminierung dokumentieren, demokratische Räume schützen und die Sichtbarkeit zivilgesellschaftlicher Arbeit erhöhen, werden unterstützt.

HZ 4.2 Strukturen für langfristige Strategien, Vertrauensarbeit und Kontinuität, die in besonders belasteten Gebieten wirken und deren Arbeit besonders gefährdet sind- werden gefördert.

Wörterbuch:

Diskriminierung – ist die ungleiche, benachteiligende und ausgrenzende Behandlung bestimmter gesellschaftlicher Gruppen und ihnen zugeordneter Personen. Die betroffenen Personen werden dabei auf bestimmte einzelne Merkmale reduziert. Teilweise werden ihnen diese Merkmale nur zugeschrieben, sind also gar nicht real. Diskriminierung ist nicht auf individuelles Handeln beschränkt, sondern auch in gesellschaftlichen, politischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Strukturen verankert.

Empowerment – kommt aus dem Englischen und bedeutet (Selbst-)Ermächtigung. Damit ist gemeint, dass Personen oder Gruppen, die gesellschaftlich benachteiligt sind, durch gezielte Strategien das Handwerkszeug erwerben, ihr Leben selbstbestimmter zu gestalten und sich gegen Diskriminierung zur Wehr zu setzen. In Empowerment-Ansätzen bestärken sich Menschen gegenseitig, die von derselben Diskriminierungsform betroffen sind.

Intersektional/Intersektionalität – beschreibt das Überschneiden und Zusammenwirken von verschiedenen Diskriminierungsformen. Menschen vereinen verschiedene Eigenschaften und Identitäten in sich. Intersektionalität berücksichtigt, dass Menschen oft wegen mehrerer (tatsächlicher oder zugeschriebener) Eigenschaften/Identitäten benachteiligt werden.

Klassismus – bezeichnet die Diskriminierung aufgrund der sozialen Herkunft und/oder der sozialen und ökonomischen Position.

LSBTIQ*-Feindlichkeit – bezeichnet die Diskriminierung von Menschen, die jenseits der heterosexuellen und zweigeschlechtlichen Norm leben und lieben.

FLINTA* – Abkürzung von **F**rauen, **L**esben, **I**ntersexuelle, **N**ichtbinäre, **T**ransgender, **A**gender; der Asterisk (*) steht für weitere Geschlechtsidentitäten

Ableismus – beschreibt die Diskriminierung von behinderten Menschen. Der Begriff ist vom englischen Wort „able“ („fähig“) abgeleitet, benennt also die Ungleichbehandlung von Menschen aufgrund von (tatsächlichen oder zugeschriebenen) Fähigkeiten.

Institutioneller Rassismus – meint Formen der Diskriminierung, Ausgrenzung oder Abwertung, die von den Institutionen einer Gesellschaft, wie zum Beispiel der Polizei, von Behörden oder Schulen, ausgehen. Ausgangspunkt sind dabei nicht die Vorurteile oder abwertenden Einstellungen der handelnden Individuen. Vielmehr führen die Auslegung oder die Anwendung von Regeln, Vorschriften, Normen, Routinen oder eingeschliffenen Praktiken dazu, dass bestimmte Bevölkerungsgruppen mittelbar oder unmittelbar benachteiligt werden. Institutioneller Rassismus ist meist schwieriger zu erkennen als individuelle Formen wie rassistische Beleidigungen oder Übergriffe und er erfordert andere Ansätze zur Bekämpfung.